

Quelle: Der Tagesspiegel [www.tagesspiegel.de](http://www.tagesspiegel.de), erschienen am 6. Oktober 2009

## Köhler warnt Schwarz-Gelb

**Präsident vor dem DGB: Krise nicht mit dem Prinzip Hoffnung zu lösen / Auftakt der Koalitionsgespräche**

Berlin - Zum Auftakt der Koalitionsverhandlungen von Union und FDP hat Bundespräsident Horst Köhler die neue Regierung zur Achtung der Regeln der sozialen Marktwirtschaft und zur Stärkung der Rolle des Staates gemahnt. „Der Markt alleine richtet nicht alles zum Guten“, sagte Köhler am Montag bei der Festveranstaltung zum 60-jährigen Bestehen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Berlin. Köhler warnte zudem in Anspielung auf Steuersenkungspläne davor, die Finanzmarktkrise zu stark nach dem „Prinzip Hoffnung“ zu handhaben – auch in der Form von Hoffnungen, durch Wachstum könne das Geschehene vergessen gemacht werden.

In Anwesenheit von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und FDP-Chef Guido Westerwelle zeigte sich der Bundespräsident besorgt darüber, dass sich die Finanzkrise wiederholen könnte. Auf den internationalen Finanzmärkten seien schon wieder undurchsichtige Derivatgeschäfte und Spekulationen auf den Rohstoffmärkten zu beobachten. Köhler warnte: „Ich sehe ‚das Monster‘ noch nicht auf dem Weg der Zählung.“ Die Beschlüsse vom G-20-Gipfel in Pittsburgh garantierten noch nicht, dass sich eine Krise nicht wiederholen könne.

Union und FDP empfahl Köhler für ihre Koalitionsverhandlungen, die Vollbeschäftigung als gesellschaftliches Ziel zu beachten. „Arbeit haben, mitarbeiten dürfen, ist eine der wichtigsten Formen sozialer Teilhabe“, sagte Köhler und würdigte die betrieblichen Mitspracherechte in Deutschland als eines der Fundamente für den wirtschaftlichen Erfolg. Das gute Miteinander von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ließe sich noch ausbauen: „Auch eine echte Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen und an Kapitaleinkommen könnte diese Linie in der Zukunft noch komplettieren“, sagte er. Wie schon bei seiner letzten „Berliner Rede“ in diesem Winter warnte der Präsident davor, den gesellschaftlichen Fortschritt vor allem am Wirtschaftswachstum festzumachen: „Es ist Zeit, darüber nachzudenken, ob ein schlichtes ‚Immer mehr‘-Denken die Zukunft gewinnen kann.“ Lebensqualität sei mehr als Konsum. „Wir müssen besser beschreiben und messen lernen, was eine gute Gesellschaft ausmacht“, sagte Köhler.

Mit demonstrativer Zuversicht starteten die Vertreter von CDU, CSU und FDP am Montagnachmittag ihre Verhandlungen zur Bildung einer schwarz-gelben Regierung. „Wir werden diese Koalitionsgespräche in guter Partnerschaft, in großer Fairness miteinander führen“, sagte CDU-Chefin Angela Merkel zum Auftakt. FDP-Chef Guido Westerwelle kündigte konstruktive, faire Gespräche an. Obwohl beide Politiker einräumten, dass es zum Teil unterschiedliche politische Vorstellungen gebe, versprach Merkel, „für dieses Land gemeinsam eine vernünftige Politik“ zu machen. Westerwelle sagte, jede neue Regierung sei ein neuer Anfang. Die 27 Vertreter der drei Parteien wollen in den nächsten zwei Wochen drei Mal zusammenkommen und womöglich schon nach einer dreitägigen Klausur vom 16. bis 18. Oktober zum Abschluss der Verhandlungen kommen.